

Entschließungsantrag
der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

zur dritten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten
Entwurfs eines Gesetzes über das Baugesetzbuch
— Drucksachen 10/4630, 10/5027, 10/5111, 10/6166 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Mit dem Baugesetzbuch steht den Städten und Gemeinden ein Planungs- und Baurecht zur Verfügung, das auf die neuen städtebaulichen Aufgaben zugeschnitten ist. Der Deutsche Bundestag nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß diese Aufgaben in den Ländern und Gemeinden auf der Basis des neuen Rechts wirksamer in Angriff genommen werden können. Das neue Recht schafft insbesondere die Voraussetzungen dafür,

- daß die städtebauliche Planung verstärkt auf die Innenentwicklung der Städte und Gemeinden ausgerichtet werden kann,
- daß im Rahmen der Stadterneuerung die Umweltbedingungen für Wohnen, Arbeiten, Handel und Freizeit umfassender verbessert werden können.

Der Deutsche Bundestag bekundet daher seinen Wunsch, daß auf der Grundlage der neuen gesetzlichen Vorschriften des Baugesetzbuchs als weiterer Schritt das Ausführungsrecht, insbesondere die Baunutzungsverordnung, nach gründlicher Überprüfung in der nächsten Legislaturperiode novelliert wird.

Der Deutsche Bundestag bekundet darüber hinaus seinen Wunsch, die Umsetzung der neuen Aufgaben in städtebauliches Handeln sowie die Wirkung der neuen Rechtsinstrumente weiter zu verfolgen. Dies gilt in besonderem Maße auch dann, wenn angesichts einer zwischenzeitlich entspannten Wohnungsmarktsituation der wohnungspolitische Handlungsbedarf des Bundes zurückgeht.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Forschung auf diesen Gebieten fortzusetzen und zu verstärken sowie ihre Ergebnisse in geeigneter Weise dem Deutschen Bundestag zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Deutschen Bundestag insbesondere über folgende Bereiche zu unterrichten:

- die Entwicklung auf den Baulandmärkten und die Maßnahmen zur Bereitstellung von Bauland,
- die städtebauliche Entwicklung in Dörfern und kleinen Orten sowie die Maßnahmen zu ihrer städtebaulichen Erneuerung einschließlich der Verbesserung der Verkehrssituation,
- die Situation in den Innenstädten und die Maßnahmen zur Stärkung ihrer Attraktivität,
- Probleme und Verbesserungsmaßnahmen in den hochverdichteten Neubausiedlungen der 60er und 70er Jahre.

Bonn, den 23. Oktober 1986

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Mischnick und Fraktion